

Durchführung von Erasmus+

Nach zweieinhalb Jahren der Durchführung wird die Kommission Ende 2017 eine Halbzeitbewertung des neuen Rahmenprogramms Erasmus+ vorlegen. Das Parlament bereitet mit einem Initiativbericht über die Durchführung von Erasmus+, der im Februar im Plenum erörtert werden soll, seinen Beitrag vor.

30 Jahre Erasmus

Das Studierendenaustauschprogramm Erasmus (nun unter der ersten Säule von Erasmus+, Leitaktion 1) feiert im Jahr 2017 sein [30-jähriges Jubiläum](#). Die [Auftaktveranstaltung](#) zu Beginn der Feierlichkeiten fand am 26. Januar 2017 im Parlamentarium in Brüssel statt und fiel planmäßig mit der Veröffentlichung des jährlichen Bewertungsberichts der Kommission zusammen.

Erasmus+

Erasmus+ ist das Finanzierungsprogramm der EU für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Die Mitgliedstaaten verfügen in diesen Bereichen über die ausschließliche Zuständigkeit, doch die EU unterstützt Zusammenarbeit, politische Innovationen, bereichsübergreifende Projekte und Mobilität. Die Mittelausstattung in Höhe von 14,7 Mrd. EUR entspricht 1,36 % des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014–2020, und das Parlament überwacht die Durchführung des Programms, um sicherzustellen, dass die Mittel sinnvoll verwendet werden.

Europäisches Parlament

Die Durchführung von [Erasmus+](#) war das Schwerpunktthema einer [Konferenz](#) und einer [Anhörung](#) im Jahr 2015, und auch zahlreiche Debatten während der [Woche für lebenslanges Lernen](#) im Oktober 2016 sowie eine [Aussprache](#) im Dezember 2016 befassten sich mit dieser Materie.

Für die Diskussion im Europäischen Parlament erstellte der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) eine [Bewertung der EU-weiten Umsetzung](#) (Juli 2016), in der sowohl die zentrale als auch die dezentrale Durchführung analysiert wurde, während der Schwerpunkt einer [Studie](#) der Fachabteilung B (Juli 2016) speziell auf der dezentralen Durchführung lag. In beiden Studien wurde darauf hingewiesen, dass die Ziele des Programms ausgewogen sind, dass die Durchführung jedoch einer weiteren Feinabstimmung bedarf. Andererseits könnten sich der Mangel an Finanzmitteln und die niedrige Erfolgsrate der Bewerber negativ auf das künftige Interesse am Programm auswirken. Ferner wurden in den Studien einfachere Bewerbungsverfahren, eindeutiger [Leitfäden](#), verständlichere Aufgabenbeschreibungen und verbesserte IT-Instrumente und Sprachlernmaterialien empfohlen. Nicht alle Programmteilnehmer sind mit dem neuen Rahmenprogramm zufrieden. Aufgrund einer höheren [Mittelausstattung](#) konnten einige umfassende Vorhaben genehmigt werden, dies ging jedoch auf Kosten kleinerer Projekte, was zu einer gewissen Distanz zwischen den Bürgern und den Einrichtungen geführt hat. Im Übrigen befürworteten die einzelstaatlichen Agenturen eine stärkere Vereinheitlichung, während einige Jugendorganisationen und branchenspezifischen Organisationen der Ansicht waren, dass der Prozess bereits zu weit gegangen sei.

Der am 5. Dezember 2016 im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) angenommene [Bericht](#) über die Durchführung von Erasmus+ wird im Februar im Plenum erörtert. Er stützt sich auf zahlreiche der Rückmeldungen aus den Anhörungen, die Studien und die in den Stellungnahmen des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten enthaltenen Vorschläge. In dem Bericht wird betont, dass der Erfolg das Programm zu einem Vorzeigeprogramm der EU gemacht hat. Außerdem wird anerkannt, dass die Kommission rasch auf Rückmeldungen bezüglich festgestellter Probleme reagiert



und Anpassungen vorgenommen hat, indem die IT-Instrumente verbessert wurden und Raum für kleinere Projekte geschaffen wurde. Es wird darüber hinaus vorgeschlagen, die alten „Markenbezeichnungen“ neben Erasmus+ weiterzuverwenden, damit die Struktur für die Bewerber besser verständlich wird, während die Kommission verdeutlichen muss, was durch die bereichsübergreifende Zusammenarbeit bezweckt wird. In dem Bericht wird auf das Potenzial von Erasmus+ hingewiesen, qualitative Verbesserungen bei der beruflichen Bildung und Ausbildung zu fördern, indem unterrepräsentierte Gruppen angelockt werden. Ferner werden die grenzüberschreitende Freiwilligentätigkeit unterstützt und die Abschaffung von finanziellen Hindernissen für die Mobilität gefordert, um den Zugang zu erleichtern, vor allem, da Studien gezeigt haben, dass Teilnehmer bessere Karriereaussichten haben.

Initiativbericht ([2015/2327\(INI\)](#)); federführender Ausschuss: CULT; Berichterstatte(r): Milan Zver (PPE, Slowenien).